

Nebrauer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Ersteinst
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 M. pränumerando, durch die Post oder andere Weisen 1,20 M., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 M.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierstapeltig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die 1 halbtägige Schriftzeile oder deren Raum 10 Pf., Wochenpreis pro Zeile 15 Pf.

Infanterie
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. N.

Nr. 70.

Nebra, Mittwoch, den 2. September 1903.

16. Jahrgang.

Der Reichsgeldbedarf.

Die Scheu vor einer grübelnden Reichsfinanzreform hat viele Wurzeln geschlagen. Selbst jetzt, wo durch den Wechsel im Amt des Reichsfinanzministers die Reform in nahe Aussicht gerückt scheint, steht nach kurzen, aber heftigen Vorarbeiten die Scheu vor einem solchen Eingreifen in der Öffentlichkeit fast aller Orten wieder, und man hört kaum noch etwas anderes, als allenthalben: Sanierung des Reichsinventars, und im übrigen: Sparen! Gewiß ist die Mahnung zur Sparsamkeit durchaus notwendig, und zwar um so mehr, als es weder dem Reichsfinanzministerium noch der Budgetkommission selbst bei eifriger Arbeit und sorgfältiger Prüfung möglich ist, dem Reichsfinanzminister diese Aufgabe abzunehmen und eine parlamentarische Durchführung. Auch die größten und radikalsten Vorschläge, die der Reichstag am 1. August vornimmt, vermögen eine planmäßige Sparsamkeit nicht zu erzielen. Freilich, hier und da kann er wohl eine Lückenabgabe von einigen Hunderttausenden verhindern und wirtschaftlich Entschädigungen bewirken. Wo es sich aber um große, merkbare ins Gewicht fallende Entschädigungen handelt, da ist in der Regel die Ausgabe nur aufgeschoben, wenn nicht gar die „Gehalts“ nur auf rechnerischen Annahmen und Veranschlagungen beruht. Genauso, erfolgreich und in großen Summen geparkt werden kann schließlich nur bei der Aufstellung des Etats in den einzelnen Ressorts, mit jener gewissenhaften Vermögensverwaltung, deren Früchte sich ganz allmählich kummern. Und auf diese Sparsamkeit, dieses äußerste Maßhalten bei der Festlegung aller Ausgaben zu dringen, ist in der Tat eine unerlässliche Aufgabe des Reichsfinanzministers, der zu ihrer Durchführung insbesondere auf die verständnisvolle und entgegenkommende Mitwirkung seiner Kollegen in den anderen Ressorts angewiesen ist.

Das Sparen hat nun aber leider keine ziemlich eng gezogenen Grenzen. Auch sind in den einzelnen Ausgaben eine billige Wirtschaft erstrebt, so wird sich doch eine wesentliche Verminderung der Ausgaben nicht herbeiführen lassen. Im Gegenteil — der Reichsfinanzminister in seiner Gesamtheit wird, darüber soll man sich doch heutzutage klar werden, weiter steigen. Da sind zunächst die Verbindlichkeiten für die Zwecke der Landesverteidigung. Das Dispositiv lautet ab und kein Mensch wird annehmen, daß die Aufrechterhaltung der Friedensverhältnisse eine teilweise „Mäßigung“ bringen wird. Die militärisch-technischen Fortschritte werden auch einem sehr wenig bewilligungsfreudigen Reichstag gewisse Mehrkosten für das Heer mit Sicherheit abringen. Ebenso wenig kann ein stärkerer Bedarf der Flotte in Zweifel gezogen werden, hat sich doch der Schutz unserer überseeischen Interessen wiederholt als recht erforderlich erwiesen. Mit gebührender Notwendigkeit erhebt sich ferner unter Kolonialpolitik die Ausbeutung größerer Mittel, wenn wir ihn endlich fruchtbar machen wollen, wie er es verdient. Anbauern wachsen soeben die Ausgaben, die aus der sozialen Gesetzgebung erwachsen und sich unter keinen Umständen zurückziehen lassen, sondern im Gegenteil weiterer Ausdehnung entgegenbringen. Auch verschiedene Gehalts- und Pensionsfragen werden sich nicht ohne schwere Nachteile lange zurückstellen lassen. Der Reichsinventar endlich geht der Erschöpfung mit Riesenschritten entgegen und ein ganz gewaltiger Riß in die Reichsfinanzen tritt ein, wenn man das Maß für Schuldentilgung öffnet.

Kurzum, an allen Ecken und Enden droht ein unabweisbares Anknüpfen des Reichsgeldbedarfs, das zwar bei zeitweiser Sparsamkeit etwas eingedämmt, aber keinesfalls gänzlich zurückgehalten werden kann. Mit dieser Tatsache muß man einmal gerechnet werden — da hilft kein Erklären. Und wie steht es diesem steigenden Bedarf gegenüber mit den Deckungsmitteln? Eine Quelle, der Inventarbestände, ist, wie schon gesagt, am Vergehen. Eine andere, die Zinssteuer, wird vom 1. September ab beträchtlich spärlicher fließen. Alle

an Maßnahmen gerichteten Erwartungen gründen sich ausschließlich auf den neuen Zolltarif. Aber auch mit dem hat es einen — oder vielmehr zwei „Daten“! Zunächst weiß niemand, wann und in welchem Umfang die erwarteten Mehrerlöse aus ihm fließen werden; und zweitens ist ein sehr wesentlicher Teil der künftigen Erträge ja schon vorweg für neue Ausgaben festgelegt, nämlich für die Zwecke der Renten- und Rentenversicherung. Dabei ist noch nicht einmal in Aussicht gezogen, in welchem Maße die festgelegten Räte auf die Steuerkraft der Bevölkerung hemmend einwirken und dementsprechend die Finanzkraft der Einzelstaaten verschärfen können!

Die Finanzlage ist also folgende: Ein fester Steigen des Geldbedarfs und eine sichere Verminderung gewisser Einnahmen in nächster Zukunft; dagegen erst in fernem Zukunft eine noch auf geraume Zeit hinaus unbestimmbare und zum erheblichen Teil überhaupt nicht mehr fertig verfügbare Steigerung der Reichseinnahmen. Liegen die Dinge aber so, dann wäre es ein schwerer Fehler, es weiter mit dem „Fortwärteln“ zu versuchen, kann ist die Reichsfinanzreform ein dringendes Bedürfnis. Und zwar kann diese Reform sich dann nicht in dem engen Rahmen einer anderen Umformungsform zwischen Reich und Einzelstaaten halten, sondern sie muß auf neue Mittel für die Deckung des steigenden Bedarfs gerichtet sein. Je eher man sich in allen Resorts darüber klar wird und auf diese eherne Notwendigkeit einrichtet, um so besser. Auch für die Regierung ist es natürlich noch richtiger, dem jungen Reichstag neue Steuerentwürfe zu ruhiger, sachlicher Beratung vorzulegen, als sie aufzulegen, bis wieder die launigen Müdigkeiten auf die nächste Neuwahl in den Vordergrund treten und die sachliche Arbeit fähren.

Politische Rundschau.

Deutschland.
* Der Kaiser nahm am Montag auf dem Tempelhofer Feld bei Berlin die Herbstparade in Anwesenheit des Großherzogs von Baden ab. Die Parade wurde von 7. September in Kiel eintrafen, um am Bord der „Hohenzollern“ den großen Schlussschiffahrt der Herbstflotte in der Kieler Bucht beizumachen.
* Das neue Militärrentengesetz, bezug die Vereinfachung der Mittel dafür, wird eine der ersten Ausgaben des neuen Reichsfinanzgesetzes sein. Nach sachverständigen Urteil handelt es sich dabei um etwa 20 Millionen jährlich. Die Vorlage ist bekanntlich im Kriegsministerium seit längerem fertiggestellt. Der Reichstag war auch mit großer Mühe bereit, das Gesetz anzunehmen; aber die meisten sind.

* Hinsichtlich der bevorstehenden Verhandlungen wird amtlich darauf hingewiesen, daß die während der Verhandlungen gelegentlich zu stellenden deutschen Schutzleistungen die gleichartigen französischen Anlagen. Die schärfere oder bösartige Verschärfung oder Verschärfung dieser Anlagen wird daher nach dem 327 des Strafgesetzbuches mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis 900 M., bezug — bei vollständiger Rückzahlung oder vollständiger Befreiung — mit 1 Monat bis zu 3 Jahren bestraft. Bisher kamen im letzteren mehrere solcher Fälle zur Aburteilung, aber ihr beim Reich des Mannvergehens Vorwurf geboten.

* In dem Thema „Einfachheit der Seele“ führt die Nationalität, Korrespondenz, die vorbestimmende Urteile aus vielen Quellen an: 1) Die Klagen über die in den letzten Jahren zurückgebliebenen folgenden Umständen, die dem nach der „Möbe“ breiten Spielraum verwehren, 2) die „Jugend“ (Gien und 3) die Ausgaben für Unterhaltung, Sodas, und schließlich 4) das Verhalten in der Offizierskategorie, das seinen Ursprung in der Zeitgenossen der Lebensmittelbreite hat, während die Besätze des Genants zum Regiment fast noch dieselben geblieben sind, wie vor 40 Jahren.

* Die erste Akademie für praktische Medizin wird Düsseldorf erhalten und

zwar in Verbindung mit dem neu anzulegenden Krankenhaus. Auch über die Errichtung weiterer Akademien wird im Kultusministerium bereits verhandelt, und zwar sind solche in Frankfurt a. M. für Süddeutschland, in Breslau für Ostdeutschland, in Magdeburg oder Halle für Mitteldeutschland und in Berlin für Norddeutschland in Aussicht genommen.

* In Sachen sind die Wahlen der Landtagsabgeordneten zum 15. Oktober und die Wahlmännerwahlen für Ende September angeordnet worden.

* Die baltische Regierung hat ihre der Zulassung von Männerflößen günstige Stellung dahin präzisiert, daß sie bis zum 1. September zur Gründung einer Flottenverwaltung erteilen wird. Bisher ist die offizielle Erklärung noch vor den Landtagswahlen oder unmittelbar nach Zutritt des neuen



Landtages. Ferner wird die Regierung dem nächsten Landtag den Entwurf einer Reorganisation unterbreiten, der dem preussischen Reichstag vorgelegt, eine Prellkammer, vier Ehrengerichte von je vier Mitgliedern und einen Ehrengerichtshof von sechs Mitgliedern vorstellt.

Österreich-Ungarn.
* Nach dem Empfang König Eduards in Wien ließ Kaiser Franz Joseph noch bis Donnerstag in seiner Kaiserstadt. Der Kaiser sollte hierauf zu den Mandaten in Sibirien zurückreisen, hat sich aber entschlossen, nach Budapest zurückzukehren und dort zu bleiben, bis die Krone betriebliegend gelöst ist, auch wenn die Kavallerie-Mandate in Galizien, die am 11. September beginnen, abgelagt werden müssen.

Frankreich.
* Der Reichstag hat sich am 2. September mit dem Reichsgeldbedarf beschäftigt. Die Verhandlungen sind bis zum 1. September fortgesetzt worden. Die Verhandlungen sind bis zum 1. September fortgesetzt worden.

Internationaler Streit-Statistik.
Trotz der nicht unerheblichen Verwickelung des Streitgeschickes in der Weltlage hat die Industrie- und Handelskammer in Berlin die Streitfrage im Juli wieder bedeutend lebhafter diskutiert. In Deutschland, Frankreich und England aufgenommenen begannen 103 Streitigkeiten gegen 83 im Juni. Die Steigerung ist vor allem auf die Zunahme der Streitfälle in Deutschland und in Frankreich zurückzuführen, während in England weniger Streitigkeiten begonnen haben als im Juni. Auch die Zahl der Streitigkeiten ist in England von 5601 auf 5182 zurückgegangen, während sie in Frankreich von 3763 auf 6929 gewachsen ist. Die Zahl der Streitigkeiten im internationalen Streitwesen im Monat Juli ist aber hauptsächlich durch Ausbrüche der Arbeiterbewegung in Spanien und in Portugal hervorgerufen worden. Im Laufe des Juli fanden in mehreren spanischen Städten zahlreiche kleinere Streiks statt, die die Arbeiterorganisationen veranlaßten, unter Ausnutzung der erbitterten Stimmung der Arbeiter den Generalstreik zu proklamieren. Am 25. Juli wurden allenfalls in Salamanca, Madrid, Barcelona, Valencia, Saragossa, Alcala und Barcelona, die Arbeitseinstellungen, am 1. August 3. August die Arbeitseinstellungen, falls bis dahin nicht gewisse politische und gewerkschaftliche Forderungen erfüllt sein würden. In der Tat kam es denn auch Anfang August zu großen Unruhen in Sevilla, Saragossa, Alcala und Barcelona. Noch größere Dimensionen als die Bewegung in Spanien, nahmen die Unruhen in Süd-

Balkanstaaten.
* Die Meldung des amerikanischen Gesandten in Konstantinopel von der Ermordung des

Präsidenten des Reichstages, der am 1. September 1890 Geburtstag.

Generalmajor J. D. Gudo v. Streit, begabt am 1. September 1890 Geburtstag.

Präsidenten des Reichstages, der am 1. September 1890 Geburtstag.